

newsletter 10.07.2017

Statt geordnetem Asylverfahren will die Staatsregierung in großem Stil Transitzentren ausbauen

Als menschlich und rechtsstaatlich problematisch beurteilt Christine Kamm, asylopolitische Sprecherin der Grünen im Bayerischen Landtag die derzeitige Situation bei den sogenannten Ankunfts- und Rückkehrzentren und den geplanten Ausbau der sogenannten Transitzentren.

Anstatt neue Sondereinrichtungen einzurichten, soll nach Meinung der Grünen das bisherige bewährte System fortgeführt werden. Während in den Erstaufnahmeeinrichtungen und den nachfolgenden Gemeinschaftsunterkünften bisherigen Stils immer weniger Flüchtlinge aufgenommen werden und dementsprechend viele Plätze leer stehen, werden immer mehr Flüchtlinge den neuen Sonderaufnahme- und Rückkehr- oder Transferzentren zugewiesen. Laut einer [Anfrage](#) sind derzeit 462 Flüchtlinge im Transferzentrum Manching, 525 im Transferzentrum Deggendorf, 424 im Transferzentrum Regensburg, 1.029 in der Ankunfts- und Rückkehrereinrichtung Bamberg. Insgesamt sind somit mittlerweile schon 40 Prozent der angekommenen Flüchtlinge in Sondereinrichtungen untergebracht.

Die Nachteile dieser Sondereinrichtungen sind, dass Flüchtlinge dort kaum Zugang zur Asylsozialberatung haben und sich über den Ablauf ihres Asylverfahrens allenfalls bei der Ausländerbehörde, aber nicht bei einer unabhängigen Stelle informieren können. Einen Anwalt zu finden, der gegen eine Ablehnung klagen könnte, ist kaum möglich; etwas Geld zu verdienen, um ihn zu finanzieren, auch nicht. Die Flüchtlinge dort unterliegen einer engen Residenzpflicht und dürfen nicht arbeiten. Teilweise über Monate bis hin zu zwei Jahren und in einigen Sonderfällen über den Umweg einer auf dem Gelände der Einrichtung untergebrachten Gemeinschaftsunterkunft sogar noch länger verharren die Menschen in diesen Einrichtungen.

Sie dürfen nicht für sich selbst sorgen und sind die ganze Zeit auf Cateringverpflegung angewiesen. Jegliche Integrationsmöglichkeiten bleiben ihnen verwehrt. Das Recht der Kinder auf Schule ist beschränkt, denn Kinder bekommen nur ein eingeschränktes Schulangebot und frühkindliche Bildung findet nicht statt. Die Erwachsenen dürfen weder arbeiten noch können sie einen Sprach- oder Integrationskurs besuchen. Auch die medizinische Versorgung ist eingeschränkt. Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge ist nur eingeschränkt möglich. Der Zugang ehrenamtlich Aktiver zu diesen Einrichtungen ist beschränkt. Was bleibt, ist ein Alltag geprägt durch Warten, Perspektivlosigkeit und somit schlussendlich Verzweiflung.

Derzeit werden vor allem Nigerianerinnen und Nigerianer, sowie Afghaninnen und Afghanen diesen Zentren zugewiesen. Dies geschieht mit der Begründung, um angeblich Asylverfahren zu beschleunigen. Eine solche Beschleunigung ist aber gar nicht möglich, da das BAMF zum Beispiel derzeit die Bearbeitung von Asylanträgen aus Afghanistan eingestellt hat. Sollen Geflüchtete weggesperrt und isoliert werden?

Auch Geflüchtete, die entsprechend einer EU-Vereinbarung aus Griechenland und Italien hierher umverteilt werden, landen in den neuen Transferzentren. Wer in Griechenland oder Süditalien schon Monate ausharren musste, auf den wartet auch in Bayern nur weiteres Warten und dem bleibt auch weiterhin ein Zugang zur Gesellschaft verwehrt.

Obwohl im Erstaufnahmesystem viele Plätze nicht belegt sind - 17.745 Plätze stehen nur 6.189 Geflüchteten gegenüber - sollen die Kapazitäten gerade in den Transit- und Rückkehrzentren weiter

ausgebaut werden. Manching soll von 1.750 Plätzen auf 2.530 Plätze anwachsen, Deggendorf soll auf über 1.500 Plätze anwachsen, Regensburg auf 600, Bamberg gar auf 3.400 von derzeit 1.430 Plätzen.

Im Widerspruch zu den großen Zahlen der Geflüchteten in diesen Einrichtungen und den noch größeren Ausbauplanungen schockiert die geringe Zahl der vorhandenen Asylsozialarbeitsstellen, beispielsweise 3 in Manching, 2,5 in Deggendorf, 4,74 in Bamberg. So wenige Stellen sind keinesfalls ausreichend, um wenigstens die grundlegenden Informationen und Hilfen zu geben. Das Versprechen von Sozialministerin Müller, wenigstens eine Asylsozialberaterstelle für 100 Flüchtlinge im Erstaufnahmeverfahren vorzusehen ist nach wie vor unerfüllt geblieben. Zu behaupten, diese Aufgaben könnten bei Registrierung und bei der Anhörung beim BAMF miterledigt werden, ist einfach widersinnig, wenn man weiß, wie schnell die Verfahren beim BAMF abgehakt werden. Die Rechtsstaatlichkeit unserer Asylverfahren ist zunehmend in Frage gestellt.

Christine Kamm: Auch wenn weniger Flüchtlinge kommen, müssen die Ankommenden rechtsstaatlich korrekt und menschlich behandelt werden. Der Weg der Bayerischen Staatsregierung entfernt sich immer mehr davon.

Asyl- und
migrationspolitischer

NEWSLETTER

Abonnieren